



Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale

Verbreitungsgebiet Ost Sachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rundschau / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jugend

Wiederholung: Die neuemal geplante Hungerkündigung steht bereits seit dem 25. Mai für Samstagabend ab 20 Uhr. Wir die Kommunisten fordern jedoch eine breitgestaltete Teil einer Zeitschrift "KPD". Einiges Ausmaß hat dies schon vor 3 Uhr am 10. Juni in der Sowjetischen Presse. E. L. Schlesische Presse?

Wiederholung: Mit ganz normaler 2,50 DM (nicht im Verkauf), auch die Post 2,50 DM (ohne Briefporto). Die "Sowjetstimme" erfordert jedoch, außer am Sonntag und Montag, im Falle keinerlei Gewalt, keinen Aufmarsch auf Dienstag der Zeitung über auf Zurückhaltung des Menschenrechts.

Verlag: Dresden Verlagsgesellschaft für den sozialistischen und nationalen Unterhaltungsbereich, 27 Bonifaciusstrasse, Dresden 18/19. Geschäftsführer: Max Hirsch, 27 Bonifaciusstrasse, Dresden 18/19. Vertrieb: Sowjetische Presse 17-18 Uhr als Sowjetische Presse 17-18 Uhr als Sowjetische Presse, Dresden 18-19 Uhr als Sowjetische Presse.

7. Jahrgang

Dresden, Mittwoch den 24. Juni 1931

Nummer 121

Unterstützungs-Kürzung ab 13. Juli in Kraft!

Massenkampf! Die Notverordnung muß fallen!

Dresden, 23. Juni.

Westerland eine Besprechung der Präsidenten der Landesarbeitsämter mit den Vertretern der Freien Regierung statt. Es wurde beschlossen, die Bestimmungen der neuen Notverordnung über

Kürzung bzw. Streichung der Arbeitslosen-Unterstützung vom 13. Juli an

in Kraft treten zu lassen. Die durchbaren Bestimmungen der Hungerverordnung treffen die rund 4 Millionen gewerblichen Erwerbstäler, von denen 1,5 Millionen Hauptunterstützte sind, und ihre Familien und darüber hinaus weiterwirksam die ganze werktätige Bevölkerung; Arbeitnot ist Mittelstandnot.

So beginnt die Hoover'sche Dollarsonne, von der die bürgerlich-sozialdemokratische Presse schwindet, zu strahlen. Für die Betriebsarbeiter, Beamten und Angestellten wird jetzt die Lohn- und Gehaltskürzung um 17 Prozent in Form einer "Arbeitszeitverkürzung" auf 40 Stunden gemäß der Notverordnung vorbereitet. Dazu kommt die Krisensteuer.

Entfaltung des Massenkampfes ist das Gebot der Stunde! Dem Ruf der KPD und der SPD folgend, gilt es, sofort zum Streik zu rufen und in breiterster Front die Volksaktion für Arbeit, Brot, Freiheit, für den Arbeitsbeschaffungsplan der KPD zu entfalten. In diesem Zeichen steht auch die Großbetreibung am 28. Juni für die Arbeiterstimme und die neue soziale KPD-Wochenzeitung!

Die Bestimmungen der Notverordnung, die am 13. Juli in Kraft treten, besagen u. a.:

Hungerverordnung Brünings

1. Die Höhe der Hauptunterstützung wird stark gesenkt, nicht um 5 Prozent, wie es irreführend behauptet wird, sondern um mehr. Sie beträgt (§ 107):

Klasse:	Hauptunterstützung bisher in RM	jeweiliger Unterstützungsatz ohne Bezug auf Senkung in RM	Senkung in RM	in %	I	II	III	IV	V	VI	VII	VIII	IX	X
					6,00	5,60	5,00	4,60	4,20	3,80	3,40	3,00	2,60	2,20
I	6,00	5,60	0,40	6,6%										
II	7,80	7,20	0,60	7,6%										
III	8,80	8,00	0,80	9,0%										
IV	9,87	8,82	1,05	10,6%										
V	10,80	9,45	1,35	12,5%										
VI	12,20	11,55	1,65	12,5%										
VII	14,83	12,88	1,95	13,3%										
VIII	15,75	13,50	2,25	14,2%										
IX	17,55	15,30	2,55	14,3%										
X	19,95	17,10	2,85	14,2%										

2. Die Betriebsarbeiter bekommen nur noch Arbeiterunterstützung für die Beiträge die Kürzung z. B. in der Lohnklasse VI . . . 33,2 Prozent in der Lohnklasse VII . . . 28,4 Prozent in der Lohnklasse VIII . . . 35 Prozent

3. Die Arbeiterunterstützung wird senkt entsprechend der Senfung in der Hauptunterstützung durch Herabsetzung der Lohnklasse für einen verheirateten Erwerbstäler mit zwei Kindern & 2. ergibt sich in Platz die Lohnklasse VI wird V, die Lohnklassen VII und VIII werden VI u. m.:

Erschließt bisher: Erschließt ab 13. Juli: Kürzung:

18,15 18,50 4,65

20,48 16,50 3,98

4. Nur arbeitslos gewordene Kurzarbeiter wird nicht die tatsächliche Arbeitszeit, sondern nur 40 Stunden zugrunde gelegt.

5. Arbeitslose Frauen werden nur unterstützt, wenn sie noch den Vorwurf der Kriegerfürsorge als bedeutsam gelten. Dann wird für verheiratete Frauen (d. i. 35 Prozent der erwerbstäleren Frauen) die Unterstützung so gut wie abgeschafft.

6. Jugendliche (d. i. 15 Prozent der Arbeitslosen) unter 21 Jahren bekommen keine Unterstützung, außer, wenn ihnen kein arbeitsmarktrechtlicher Anspruch" zusteht.

7. Die Wartezeiten werden verlängert.

8. Mietzahndige Miete kann direkt von der Unterstützung abziehen und dem Haushalter vom Arbeitsamt aus übermittelt werden.

9. Arbeiterunterstützung muß zurückgezahlt werden.

10. Die Heimarbeiter werden aus der Versicherung ausgeschlossen.

Dazu kommen Bestimmungen über Zwangsarbeit, Arbeitsdienstpflicht, für Erwerbstäler. Dazu das Streitbuch-Diktat: Arbeitslose haben zugewiesene Arbeit anzunehmen, auch wenn im bestehenden Betrieb Streik oder Ausperrung besteht! Dazu Verhärting der Spezialisten. Dazu Verpflichtung zur Annahme von Sklavenerarbeit nach dem Auslande! Dazu die Arbeitsdienstpflicht!

Das ist ein Auszug der ungewöhnlichen Bestimmungen der Brünings-Notverordnung, die durch die SPD und fälschlich auch durch die Nazis ermöglicht wurde.

Die Hoover'sche Aktion nahmen SPD und Nazis vorgestern wieder zum Anlass, um die Massen zu täuschen. Der SPD-Vorleser (und ebenso die Volkszeitung) wagt es, zu schreiben:

"Durch das deutsche Volk geht ein Aufatmen der Erleichterung; denn die Wirtschaft Hoover eröffnet ihm Aussicht, auf die es in den letzten Tagen nicht mehr zu hoffen genug hat."

Das Infrastruktur der Hungernetzordnung gegen die Erwerbstäler ab 13. Juli — ein Aufatmen der Erleichterung? Gibt es eine fröhliche Verhöhnung des Volkes?

KPD-Arbeitsbeschaffungsplan

Die KPD hat in ihrem Arbeitsbeschaffungsplan den Kampf gegen den Unterstellungsplan proklamiert und den Weg zu Arbeit und Brot für die Millionen gewiesen. Dieser Arbeitsbeschaffungsplan (veröffentlicht in der Arbeiterstimme vom 29. 5.) belagert u. a.:

- Ausnutzung der vorhandenen Nebtmöglichkeiten:
- Herabsetzung der Maximallarbeitszeit auf 7 Stunden täglich bzw. 40 Stunden pro Woche bei . . . vollem Lohnausgleich . . . damit Arbeitspläze für viele Hunderttausende.
- Wiederherstellung der durch die Lohnabbaumaßnahmen . . . geliegen Löhne . . . würde die Konjunktur des Proletariats um 9 bis 10 Milliarden Mark erhöhen und damit zusätzliche Beschäftigung für die Arbeitslosen schaffen.
- Sofortige Erweiterung der bisher immer wieder ausgeführten Errichtungsarbeiten bei der Reichsbahn und den leistungsfähigen öffentlichen Betriebsanstalten.
- Sofortige Instandsetzung der Straßen; Ausbau des Straßennetzes; Bau besonderer großer Durchgangsstreichen für die reicheren und städtische Abwicklung des Auto-, Güter- und Personenverkehrs.
- Durchführung von Arbeiten zur Eindämmung und Regulierung bzw. Kanalisation der Flüsse, insbesondere der Oder, Elbe, Saale.
- Beschleunigte Fertigung der bereits angefangenen Kanalbauten.
- Bau von Talsperren, insbesondere in Schlesien, Sachsen, Baden, Bayern und Thüringen.
- Durchführung von Meliorationen: Entwässerung oder Bewässerung zur Fruchtbarmachung großer brachliegender Flächen, Moor usw.
- Bau von Krankenhäusern und Heilstätten, Erholungs- und Kinderheimen.
- Bau von gemeindeeigenen Landarbeiteriedlungen.
- Errichtung von gemeindeeigenen Sport- und Spielplätzen, Turn- und Schwimmhallen, Grünflächen und Parkanlagen in den Arbeitervierteln.

Alle auf der Grundlage dieses Arbeitsbeschaffungsplanes durchzuführenden Arbeiten dürfen nur zu den tariflichen Löhnen erfolgen. Durchführung von Zwangoarbeit für Unterstellungsanhänger aller Art ist verboten. Allen Beschäftigten ist ohne Unterschied, ob Mann, ob Frau, der gleiche Lohn für gleiche Arbeit zu zahlen.

Zur Finanzierung hat die KPD die Möglichkeiten durch Belastung der Bevölkerung, der Millionärssteuer, der Besteuerung der Dividenden, der großen Einkommen, der Kürzung der Gehälter und Pensionen der oberen Beamten und Angestellten (mit über 5000 Mark jährlich), der Streichung der Ausgaben für militärische Zwecke klar ausgelegt.

Der Arbeitsbeschaffungsplan der KPD fordert auf zum "brüderlichen Kampf" der Beschäftigten und Erwerbstäler zum gemeinsamen Kampf gegen das ausländische Kapital". Es weist auf Sowjetreich hin, wo eine umfassende soziale Fürsorge besteht und nicht abgebaut, sondern weiter und noch umfassender aufgebaut wird. „Kampf um Arbeit und Brot bedeutet . . . Kampf für den Sozialismus.“

Zeigt güt es, zu handeln. Stempelstellen und Betriebe, auf den Plan! Kampfbedürftige lassen! Sofortige Streitfertigung in den Fabriken, sofortige Mobilisierung auf den Stempelstellen. Die Notverordnung muss fallen, und Fort mit Kämpfen! Schluss mit seinen Lasten!, wenn das deutsche Volk leben will.

Widerhall des RGO-Aufrufs:

Hamburger Großbetriebe in Aktion gegen Notverordnung!

"Krisenlohnsteuer mit allen Mitteln verhindern!"

Hamburg, 23. Juni. (Eig. Drahtbericht.)

Die Arbeiterräte der Großbetriebe A. G. Mohr, Meng und Hammer, Heinrich Wolf, sowie Beuhn und Dies haben an lärmliche Betriebsräte Groß-Hamburgs einen Brief gesandt, in dem es heißt:

„Die unterzeichneten Betriebsräte haben in ihren Arbeiterräten beschlossen, daß alles getan werden muß, um den Abzug der Krisen-Lohnsteuer von den Arbeitern oder Angestelltengehältern zu verhindern. Sie haben weiter beschlossen, alle Belegschaften aufzurufen, den Abzug der Krisen-Lohnsteuer zu verhindern.

Von allen Unternehmen ist zu fordern, daß sie selbst die Krisen-Lohnsteuer zahlen. Wir sind fest davon überzeugt, daß diese Forderung absoluten Erfolg haben wird, wenn sie von allen Belegschaften erhoben und ihre Durchführung mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln erkämpft wird.

Wir sind vom Arbeiterrat unserer Betriebe beauftragt, eine Versammlung der Betriebsräte Groß-Hamburgs einzuberufen. In dieser Versammlung, die am 28. Juni im Gesellschaftshaus Petersdorff stattfindet, wird zum Kampf gegen die Krisen-Lohnsteuer Stellung genommen werden.“

РБ Bulgarien die stärkste Partei

Von 3 auf 33 Mandate! РБ bedeutungslos! Regierung gestürzt!

Sofia, 23. Juni.

Der Wahlsieg der Kommunisten in Bulgarien ist noch grandioser, als die ersten Meldungen erkennen ließen. Die „verbotenen“ Kommunisten erhöhen ihre Mandatszahl von 3 im Jahre 1927 auf 33, also um das Fünffache. Ihre Stimmenzahl beträgt mehr als 180 000 gegenüber knapp 40 000 im Mai 1927. Die faschistische Regierungsbloc wurde vernichtend geschlagen. Seine Stimmenzahl ging von 600 000 auf 375 000 und seine Mandatsziffer von 180 auf 69 zurück. Die Sozialdemokraten erzielten einen vollständigen politischen Bankrott. Sie erhielten in seinem Wahlkreis die nötige Stimmenzahl für ein Mandat. In ganz Bulgarien wurden für ihre Kandidaten 14 000 Stimmen registriert. Der bürgerliche Oppositionsbloc erreichte 580 000 Stimmen und 150 Mandate gegenüber 100 Mandaten bei den Wahlen von 1927.

Die Regierung Raptchew hat auf Grund des für sie niederschmetternden Ergebnisses ihre Demission eingereicht.

Der Wahlsieg unserer bulgarischen Bruderpartei ist für das internationale Proletariat ein weitgeschlossenes Ereignis. In einem Lande der blutigsten faschistischen Diktatur, der finsternen Reaktion, in einem Lande, in dem die Stimme der Volksmehrheit fast erstickt wurde durch die Schreie gefolterter Menschen aus den Krematen und Zuchthäusern, dat die seit 8 Jahren verbotene Kommunistische Partei einen grandiosen Wahlsieg erzielt.

Die Kommunistische Partei Deutschlands grüßt und beglückwünscht ihre bulgarische Bruderpartei mit einem donnernden „Krat! Krat!“

Neue Vorposten der roten Armee Neue Ortsgruppen der KPD

Im Bezirk Sachsen wurden seit dem 1. April folgende neue Ortsgruppen gegründet:

UB Dresden: Weißig b. Böhlau, Dörrhardsdorf, Elstra, Ohorn, Hohnstein, Altenberg, Ottendorf b. Neustadt, Volkersdorf, Wildberg

UB Bautzen: Döllsdorf, Oberauersdorf, Kleinwelka, Kemnitz

UB Freiberg: Colmnitz, Lippendorf, Deutsch-Einsiedel, Berthelsdorf, Choren, Mittelseida, Gahlen, Oberneuschönberg

UB Riesa: Marbach b. Rößwein, Koselitz

UB Leipzig: Obergräfenhain

UB Chemnitz: Niedersteinbach, Grumbach

UB Zwickau: Mosel, Wiesenburg, Wernsdorf, Stöcken, Krummbach, Saupendorf, Weißbach, Stenn

UB Schwarzenberg: Nendorf i. E.

UB Plauen: Unterlausitzerbach

Auch Du bist Vorposten unserer Armees. Neue Positionen müssen gewonnen werden! Neue Streiter in unsere Reihen, um den Klassenfeind zu schlagen!

Deserteure gibt es nicht